

AUSGABE 4 | 2025

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

SCHWERPUNKT BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Bevölkerungsschutz ist kein Nice to have

Wie sich Städte auf Katastrophen vorbereiten

Technisch-logistische Hilfe vor Ort: THW leistet Zivil- und Katastrophenschutz

Plötzlich war sie weg ... Dresdener Krisenkommunikation nach dem Einsturz der Carolabrücke

AUS DEN STÄDTEN

Katastrophenschutzübung: Flugzeugcrash über Berlin

Hansestadt Lübeck und weitere: Mobiler Führungsstab

Zivilschutz unter Druck? Umfrage zu Einsatzfähigkeit

Krisenszenarien: Essen informiert

Rostock: Notfall-Leuchttürme und Wärmeinseln

AUS DEM STÄDTETAG



Christian Schuchardt ist seit dem 1. Juli 2025 neuer Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. (© Thomas Berberich)

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ende Juli hat die Bertelsmann Stiftung ihren Kommunalen Finanzreport vorgestellt. Die Stiftung bezeichnet das Jahr 2024 mit einem Rekorddefizit der kommunalen Haushalte von 25 Milliarden Euro als eine „Zeitenwende“ für die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Der Report bestätigt noch einmal, worauf wir seit Langem hinweisen: Die kommunale Finanzsituation ist dramatisch. Und die Situation wird absehbar erst einmal schlechter als besser: Die Prognose der Kommunalen Spitzenverbände geht davon aus, dass das Defizit bis 2028 auf 35 Milliarden Euro anwachsen wird. In der öffentlichen Debatte hat der Deutsche Städtetag dieses Thema erfolgreich gesetzt. Auch in der Bundespolitik sind unsere Alarm-signale angekommen. Der Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen, den die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hat, muss möglichst schnell Ergebnisse bringen – vor allem finanziell spürbare Ergebnisse für die Städte. Dafür setzen wir uns ein.

Auch global erleben wir eine „Zeitenwende“. Es sind nicht nur militärische Szenarien bis hin zu hybriden Bedrohungen, auf die wir uns potenziell vorbereiten müssen. Auch Extremwetter, Cyberangriffe auf die kritische Infrastruktur oder andere Katastrophenfälle rücken in den Fokus. Die möglichen Bedrohungen werden komplexer. Die Städte fangen dabei nicht bei Null an. Sie bereiten sich längst auf Krisenszenarien vor – von längeren Energiemangel-lagen bis zu Überschwemmungen.

Für diese Zeitenwende mit komplexen möglichen Bedrohungen auch die Bevölkerung viel stärker zu sensibilisieren, für mehr Eigenvorsorge zu werben, gleichzeitig den Menschen Sorgen zu nehmen und die öffentlichen Strukturen im Zivil- und Katastrophenschutz zu stärken, um im Notfall handlungsfähig zu sein – das alles sind große Aufgaben. Aufgaben, die die Städte beherzt angehen. Was die Städte bereits tun, auf welche Szenarien wir uns vorbereiten sollten und wie wir die Bürgerinnen und Bürger auf diesem Weg mitnehmen, dazu finden Sie viele praktische Beispiele, Interviews und Beiträge in dieser Ausgabe von

„Städtetag aktuell“, die sich dem Schwerpunkt Bevölkerungsschutz widmet.

Wir wollen damit zeigen: Die Herausforderungen sind groß, aber die Städte haben Lösungen – und haben sich längst auf den Weg gemacht. Da schließt sich natürlich auch der Kreis zu den kommunalen Finanzen: Die Mittel aus dem Sondervermögen für den Bevölkerungsschutz müssen ganz überwiegend vor Ort in den Kommunen ankommen – und zwar nicht nur

für Schutzräume und andere Bevölkerungsschutzmaßnahmen, sondern für die gesamte Infrastruktur. Jeder investierte Euro in die kommunale Infrastruktur ist ein Beitrag für mehr Krisenresilienz.

Mehr zum Thema: www.staedtetag.de/themen/bevoelkerungsschutz

Christian Schuchardt
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages

TITELFOTO

Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU)

„Deutschland und seine Bevölkerung müssen wehrhafter und resilienter werden, um gegen Bedrohungen und Aggressoren gewappnet zu sein“ und weiter: „Diese Herausforderungen können nicht rein militärisch, sie müssen gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich gemeistert werden.“ So steht es in einer aktuellen Broschüre des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr, die Notwendigkeit

und Ziele des Operationsplanes Deutschland (OPLAN DEU) für die Öffentlichkeit beschreibt und aus der auch das Titelfoto dieser Ausgabe entnommen ist (Foto: Bundeswehr/Weinrich). Dazu gab die Bundeswehr Städtetag aktuell noch die nachfolgenden Informationen:

Der OPLAN DEU ist der Anteil der militärischen Planung hin zu einer Gesamtverteidigung Deutschlands, um die Souveränität und territoriale Integrität Deutschlands zu erhalten sowie seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Damit wird die Resilienz von Staat, Gesellschaft und Demokratie gestärkt. Ziel

des OPLAN DEU ist eine schnelle Handlungsfähigkeit über Ressort- und Ländergrenzen hinweg, u.a. durch Stärkung zivil-militärischer Zusammenarbeit und das Festlegen von Verantwortlichkeiten. Aufgrund der veränderten Bedrohungslage und der Herausforderungen der Landes- und Bündnisverteidigung ist ein OPLAN DEU notwendig und ein zweckmäßiges Handlungsinstrument für die gesamtstaatliche Aufgabe „Verteidigung“.

Die Federführung der zivilen Verteidigungsplanung liegt im Bundesministerium des Innern und für Heimat. Die zivile und die militärische Verteidigung bilden die zwei tragenden Säulen einer Gesamtverteidigung. Beide Säulen sind formal organisatorisch eigenständig, stehen aber in direkter Abhängigkeit zueinander und bedürfen zur Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit einer engen Verzahnung. Landes- und Bündnisverteidigung sind nur gesamtstaatlich bzw. gesamtgesellschaftlich zu bewältigen – dies betrifft u.a. die Bereiche Katastrophenschutz, Zivilschutz und militärische Verteidigung.

www.staedtetag.de/25401





Bevölkerungsschutz ist kein Nice to have

Von Dr. Christine Wilcken

Schon lange ist die Rede davon, dass Russland sich darauf vorbereitet, 2029 die NATO anzugreifen. Eine surreale Vorstellung und gleichzeitig ein realistisches Szenario. Schon jetzt sind Drohnen, Spionage, Sabotage Realität und die Sicherheitsbehörden wehren täglich Angriffe auf Deutschland ab. Der Zivil- und Katastrophenschutz ist zu Recht zu einem zentralen Handlungsfeld der Bundesregierung geworden. Aber nicht nur militärische Szenarien, auch Extremwetter oder Cyberangriffe auf die kritische Infrastruktur sind etwas, auf das wir uns viel stärker vorbereiten müssen.

Ohne die Städte läuft nichts

Die Städte sind zentrale Akteure im Bevölkerungsschutz. Hier leben die Menschen, hier ist die kritische Infrastruktur, hier liegen formale Zuständigkeiten. Kaum eine Krisenlage ist denkbar, bei der nicht die kommunale Ebene irgendwie operativ tätig werden muss. Die Städte bereiten

sich längst auf Krisenszenarien vor – von längeren Stromausfällen bis zu Überschwemmungen. Mit regelmäßigen Warnungen wird für den Ernstfall geprobt. Viele Länder arbeiten daran, eigene 24/7-Krisenstäbe zu etablieren; für die Städte seit Corona und der Energiekrise übrigens eine Selbstverständlichkeit.

Das alles wird aber nicht reichen. Die möglichen Bedrohungen werden komplexer: mit Drohnen, Sabotage und Spionage. Außerdem müssen Schutzräume gesucht und vorbereitet werden. Die Diskussion über Schutzräume dauert viel zu lange. Regelmäßig landen Bürgeranfragen hierzu bei den Städten. Bund und Länder müssen klar sagen, welche Anforderungen Schutzräume erfüllen sollten und das auch finanziell unterstützen. Es macht einen Unterschied, ob wir über drei Stunden oder drei Tage Aufenthalt reden. Wir brauchen gewisse Vorgaben, aber auch ausreichend Gestaltungsspielräume.

„Die Städte bereiten sich längst auf Krisenszenarien vor – von längeren Stromausfällen bis zu Überschwemmungen.“

Dasselbe gilt für digitale Prozesse und Lagebilder. Eine überregionale Krisen- oder Katastrophenlage kann nur dann effektiv bewältigt werden, wenn wir wissen, wie sich Lagen in den nächsten 48 Stunden entwickeln wird und welche materiellen und personellen Ressourcen verfügbar sind.

Es tut sich was im Bund: Ein Schutzraumkonzept ist für den Sommer angekündigt, ein bundesweites Ressourcenregister und ein digitales Lagebild werden aufgebaut. Die kommunale Ebene wird leider nur punktuell in die Prozesse eingebunden. Das reicht nicht.

Zusammenarbeit muss verbessert werden

Ein passendes Format gäbe es: die Bund-Länder Arbeitsgruppe zur Zivil-Militärischen Zusammenarbeit. Es wäre ein gutes Signal, die kommunalen Spitzenverbände in die AG einzuladen. Dass Bund und Länder Dinge verabreden und durchplanen und die Kommunen erst ganz am Ende eingebunden werden, halten wir nicht für richtig.

Ohnehin stellt sich die Frage, ob die bisherige scharfe Trennung von Katastrophenschutz und Zivilschutz noch zeitgemäß ist. Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetags hat bereits vor drei Jahren eine Grundsatzzdebatte angemahnt, ob diese starre Abgrenzung angesichts komplexer werdender Gefahren und Großschadenslagen so aufrechterhalten werden sollte. Es ist gut, dass die Initiative für einen handlungsfähigen Staat genau diese Frage aufwirft und neue Strukturen einfordert.

Bevölkerungsschutz geht nicht ohne die Bevölkerung

Insbesondere in komplexen Ereignissen, wie Naturkatastrophen oder Stromausfällen, sind wir auf die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung angewiesen. Wir müssen die Menschen wieder mehr dafür sensibilisieren, wie sie sich in einem Katastrophenfall verhalten und da-für selbst vorsorgen können. Hier sind auch Bund und Länder in der Pflicht. Auch die KRITIS Betreiber sind für ihre Krisenvorsorge verantwortlich.

Sondervermögen muss vor Ort ankommen

Mit dem Sondervermögen nimmt der Bund viel Geld auch für den Bevölkerungsschutz in die Hand. Für uns ist klar: Die Mittel müssen überwiegend vor Ort ankommen. Bislang fordern Bund und Länder von den Kommunen umfassende Schutzmaßnahmen, ohne zu sagen, wer es denn bezahlen soll. Dabei ist jeder investierte Euro in die kommunale Infrastruktur ein Beitrag für mehr Krisenresilienz. Denn gerade im Krisenfall muss der Alltag der Menschen weitergehen und funktionieren.

Fazit

Im Deutschen Städtetag haben wir uns in den vergangenen Jahren intensiv mit dem Bevölkerungsschutz befasst, viele Sonder-sitzungen initiiert, einen eigenen Ausschuss ins Leben gerufen. Unser 10-Punkte-Papier zum Bevölkerungsschutz ist auf breite Resonanz gestoßen. Und unsere Online-Veranstaltung zu Schutzräumen mit über 500 kommunalen Vertreterinnen und Vertretern hat gezeigt, wie wichtig das Thema ist. Machen wir genau hier weiter.

Zum 10-Punkte-Papier Bevölkerungsschutz des Deutschen Städtetages:

➔ www.staedtetag.de/25410

© Frank Nürnberger



Dr. Christine Wilcken
Stellvertretende
Hauptgeschäftsführerin
Deutscher Städtetag und
Leiterin des Dezernats Klima,
Umwelt, Wirtschaft, Brand-
und Katastrophenschutz

Wie sich Städte auf Katastrophen vorbereiten

Interview mit Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung

Die Städte sind erprobte Krisenmanager – doch die Vielzahl an Krisen und Bedrohungen unserer Zeit, erfordert immer bessere Anpassungen. Hochwasser, Dürren, Starkregen treten häufiger und intensiver auf. Hinzu kommen hybride Bedrohungen: Cyberattacken, Drohnenspionage, Anschlägepläne. Städtetag aktuell hat dazu den Präsidenten des Deutschen Städtetages, Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung, befragt.

© Michael Bader



Jede private Vorsorge hilft, die Rettungskräfte zu entlasten.

Burkhard Jung,
Präsident des Deutschen
Städtetages und Oberbürger-
meister der Stadt Leipzig

Was unternehmen Städte wie Leipzig für einen zeitgemäßen Katastrophen- und Bevölkerungsschutz und was brauchen sie?

Wir sehen in Leipzig – wie in allen Kommunen in Deutschland – dass der Katastrophenschutz ganz neu ins Blickfeld gerät. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 reden wir beim Bevölkerungsschutz nicht mehr nur über Naturkatastrophen oder technische Unglücke. Wir erleben in Europa wieder eine reale militärische Bedrohung, und an diesen Gedanken müssen wir uns 35 Jahre nach Ende des Ost-West-Konflikts erst wieder gewöhnen.

Neben Personal, Geld und Infrastruktur braucht es vor allem das Bewusstsein in der Bevölkerung, dass Gefahren – auch militärische – real sind. Und der beste Bevölkerungsschutz ist die Vorsorge, die jeder für sich selbst trifft. Im Katastrophenfall, nehmen wir den Blackout als Beispiel, werden Behörden und Rettungsorganisationen nicht jedem helfen können. Das ist die Realität. Jede private Vorsorge hilft, die Rettungskräfte zu entlasten.

In Leipzig erarbeiten wir zurzeit einen Notfallplan, der alle Bereiche der Verwaltung einschließt. Bleiben wir beim Blackout: das ist nicht nur eine Aufgabe für Feuerwehr und Rettungsdienst, sondern hier müssen viel mehr Beteiligte mitgedacht werden. Wie geht ein Veterinäramt mit Viehbeständen um, die nicht mehr versorgt werden können? Wie organisieren wir den Verkehr? Und wie informieren wir die Bevölkerung, wenn in einer digitalen Welt die Handybildschirme schwarz bleiben?

Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz ist Teamarbeit. Wer muss mit den Städten gemeinsam an einen Tisch und was muss geschehen, damit wir ausreichend vorbereitet sind?



Sandsäcke gegen Hochwasser – eine von mehreren Gefahrenlagen, auf die sich die Städte vorbereiten müssen.
(© Stadt Leipzig)

Zunächst ist das in Deutschland ja gut geregelt: Katastrophenschutz ist Angelegenheit der Länder und Kommunen. Und es gibt den Zivilschutz, der bei militärischen Konflikten greift und in Zuständigkeit des Bundes liegt. Der Zivilschutz war in den zurückliegenden Jahrzehnten vor allem durch Rückbau geprägt. In Europa herrschte Frieden, eine militärische Bedrohung war jenseits unserer Vorstellung, man sah daher keine Notwendigkeit, die Strukturen des Zivilschutzes zu stärken. Mein Eindruck ist, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen hier noch nicht an dem Punkt ist, wo sie sein müsste.

Ich gebe ein Beispiel: Im Katastrophenfall sind die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verpflichtet, behördliche Warnmitteilungen zu senden. Ist dies bei einem Blackout wirklich gewährleistet? Wie lange könnten die Anstalten ohne Stromnetz arbeiten? Wie autark sind die Sender versorgt? An diese Fragen müssen wir uns erst herantasten, die Verantwortlichen müssen an einen Tisch.

Die aktuelle Bedrohungslage verunsichert Bürgerinnen und Bürger, geht aber gleichzeitig alle an. Wie können die Städte die Menschen zu mehr Umsicht und Vorsorge anhalten?

Diese Frage spricht auf das zentrale Spannungsfeld der Katastrophenvorsorge an. Die Menschen müssen vorbereitet sein, dürfen aber nicht panisch werden. Aber vielleicht ist das gar kein Gegensatz. Ich glaube eher, dass Menschen dann nicht in Panik verfallen, wenn sie vorbereitet sind.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gibt seit jeher Tipps und Empfehlungen, wie sich jeder einzelne auf Notlagen vorbereiten kann. Dazu gehört zum Beispiel ein Notgepäck. Das ist ein fertig gepackter Rucksack mit dem Lebensnotwendigen, inklusive Dokumenten, Wasser, Verbandszeug. Diese Hinweise wurden bisher belächelt. Aber im Notfall sind sie entscheidend, sie helfen jedem einzelnen. Und es entlastet Feuerwehr und Rettungsdienste, wenn sich Menschen selbst versorgen können. Dieses Bewusstsein müssen wir in die Bevölkerung tragen.

Wir machen das in Leipzig zum Beispiel mit dem Florianstag, den die Feuerwehr einmal pro Jahr ausrichtet und bei dem sie auch zum Thema Katastrophenschutz informiert. Aber das reicht nicht aus. Bund, Länder und Kommunen werden hier mehr Anstrengungen unternehmen und die Bevölkerung besser informieren müssen. Wenn der Notfall da ist, ist dafür keine Zeit mehr. Die Vorbereitung muss jetzt starten.



Technisch-logistische Hilfe vor Ort: THW leistet Zivil- und Katastrophenschutz

Von Sabine Lackner

Bei Katastrophen jeder Art leistet die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) seit 75 Jahren deutschlandweit technisch-logistische Hilfe. Die Auslöser für den Einsatz unserer Helferinnen und Helfer sind vielseitig: Starkregen, Hochwasser und Waldbrände – um nur einige Beispiele zu nennen. Das Spektrum der Einsatzoptionen ist breit gefächert, wobei unsere Stärken insbesondere in der Technischen Hilfe, Logistik, Notversorgung und Notinstandsetzung sowie Führung und Kommunikation liegen. Mit diesen Fähigkeiten unterstützen wir im Einsatz beispielsweise die örtlichen Feuerwehren sowie andere Bevölkerungsschutzorganisationen.

Die rund 88.000 ehrenamtlichen THW-Kräfte engagieren sich in 669 Ortsverbänden. Diese sind über das gesamte Bundesgebiet verteilt, sodass in nahezu jedem Landkreis ein

THW-Ortsverband ansässig ist. Das sorgt dafür, dass wir nach Anforderung durch Verwaltungen, Behörden und Organisationen schnell vor Ort sind, um direkte Hilfe zu leisten.

THW-Einsatzoptionen

In den vergangenen 75 Jahren haben die Einsatzkräfte des THW eine Vielzahl an Herausforderungen bewältigt. Möglich machen das unsere insgesamt 25 verschiedene Arten von Teileinheiten – jede mit spezialisierter technischer Ausstattung und speziell ausgebildeten Einsatzkräften. All unsere Einheiten kamen beispielsweise nach dem verheerenden Starkregen „Bernd“ im Sommer 2021 zum Einsatz. Insgesamt waren 17.000 THW-Kräfte etwa 2,7 Millionen Stunden an Ahr und Erft im Einsatz. Die Helferinnen und Helfer retteten Menschen, bargen

Sachwerte und pumpten Wassermassen ab. Außerdem bauten sie Behelfsbrücken und Übergänge, um eine funktionierende Infrastruktur sicherzustellen. Zu unseren Aufgaben gehörte es auch, Trinkwasser aufzubereiten und zu verteilen sowie Ersatzstromversorgungen aufzubauen.

Das THW vor Ort

Die Aufgliederung des THW in 669 Ortsverbände ermöglicht eine regional-bedarfsorientierte Ausstattung: Ortsverbände in der Nähe von Gewässern verfügen beispielsweise häufig über eine mit Booten ausgestattete Fachgruppe, um von Hochwasser eingeschlossene Menschen in Sicherheit zu bringen – Je nach Anforderung können Expertinnen und Experten sowie spezialisierte Fachzüge variabel zusammengesetzt werden. Die Grundausrüstung und -ausbildung ist in allen Ortsverbänden gleich. Dieser bundesweit gleiche und modulare Aufbau ermöglicht eine problemlose Zusammenarbeit zwischen Ortsverbänden – auch überregional.

Damit wir vor Ort zu jeder Zeit einsatzbereit bleiben, begann in diesem Jahr die Umsetzung des bundesweiten THW-Bauprogramms. Die Ortsverbände sind gewissermaßen die „Heimat“ unserer ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Dort finden beispielsweise ihre Ausbildung sowie Übungen statt und von dort gehen sie in den Einsatz. Viele Ortsverbände haben allerdings Gebäude, die in den vergangenen Jahrzehnten in die Jahre gekommen sind und nicht mehr über ausreichend Platz für die wachsende Zahl an Helferinnen und Helfer sowie die größer werdenden Geräte und Fahrzeuge verfügen. Um dem entgegenzusteuern, erhalten zunächst mindestens 30 Ortsverbände bundesweit neue, moderne Liegenschaften. Eine serielle, systematisierte Bauweise ermöglicht, dass die Bauzeit für die neuen Gebäude jeweils nur wenige Monate beträgt.

Landkreise, Städte und Gemeinden können das THW im Rahmen der Amtshilfe anfordern, sollten sie in Katastrophenlagen unsere Einsatzoptionen benötigen. Leistet das THW Amtshilfe, so können wir auf die Erstattung

von Auslagen verzichten, wenn Gefahrenabwehrbehörden die Auslagen selbst tragen müssen. Erforderlich dafür ist ein öffentliches Interesse. Für Landkreise, Städte und Gemeinden, die uns anfordern, entstehen also unter diesen Voraussetzungen im Nachgang keine Kosten – so ist es im THW-Gesetz vorgesehen.

Zivilschutz durch hybride Bedrohungen im Fokus

Durch den völkerrechtswidrigen Angriffs-kriegs Russlands auf die Ukraine ist das Thema Zivilschutz zuletzt auch in Deutschland wieder vermehrt in den Fokus gerückt. Auch wenn wir uns in Zeiten des Friedens vermehrt auf den Katastrophenschutz konzentriert haben, ist Zivilschutz seit jeher unser gesetzlicher Auftrag: Das THW wurde vor 75 Jahren gegründet, um die Zivilbevölkerung vor Kriegseinwirkungen zu schützen und die Folgen von Krieg zu beseitigen.

Im Katastrophenschutz haben wir in den vergangenen Jahren unsere Fähigkeiten zur Notversorgung und -instandsetzung Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) ausgebaut. Das trägt dazu bei, dass wir breite Kompetenzen im Bereich Zivilschutz haben: Beispielsweise können wir Trinkwasserversorgung oder Ersatzstromversorgung sicherstellen. Ob der Auslöser für die Ausfälle ein Hochwasser oder eine Sabotage am Strom- oder Wasserwerk war, ist für unseren Einsatz von nachgeordneter Bedeutung. Einen wichtigen Beitrag zum Zivilschutz leisten wir durch unsere Einsatzbereitschaft und Handlungsfähigkeit. Durch gezielte Schulungen und Übungen zum Thema Zivilschutz können wir diese stärken und somit auch die Resilienz aller THW-Angehörigen. Das macht uns zu einem verlässlichen Partner für Bund, Länder und Städte.



Sabine Lackner
Präsidentin
Technisches Hilfswerk
(THW)

© THW/Dan Holste



© D. Peters

Plötzlich war sie weg ... Dresdner Krisenkommunikation nach dem Einsturz der Carolabrücke

Von Barbara Knifka und Michael Klahre

© M. Klahre / B. Knifka



© D. Peters / L. Kirsten

Knifka: Kurz nach 3:00 Uhr am 11. September 2025 klingelt mein Handy. Am anderen Ende: Feuerwehr-Pressesprecher Michael Klahre. „Du, kein Scherz, ein Teil der Carolabrücke liegt in der Elbe.“ Ich bin sofort hellwach. Zehn Minuten später fahre ich Richtung Dresden. Es beginnt ein Tag, der trotz Krisenvorsorge nicht planbar war. Kurz nach 4:00 Uhr stehe ich am Elbufer. Es ist nicht zu fassen.

Wie ein breites V liegt einer von drei Brückenzüge aus massivem Stahlbeton im Fluss. Die Straßenbahnschienen hängen in der Luft. Am Ufer liegen noch Reste der zeretzten Fernwärmeleitung, die in der Brücke verlief.

Klahre: Wir sind bereits 4:12 Uhr in die Kommunikation eingestiegen und senden den ersten Post auf Threads: Der Brückenteil der Carolabrücke, auf welchem die Straßenbahn fährt, ist auf einer Länge von etwa 100 Metern in die Elbe gestürzt. Der gesamte Bereich um die Carolabrücke, die Bundeswasserstraße Elbe sowie der Elberadweg und das

Terrassenufer sind für den Verkehr komplett gesperrt. Der Berufsverkehr beginnt, es gibt erste Presseanfragen. 5.37 Uhr geht die erste Pressemeldung raus. Zudem informieren wir auf unserer Internetseite dresden.de, auf die Feuerwehr und Pressestelle im Krisenfall gemeinsam Zugriff haben. Bespielt wird sie jeweils von der Seite, die über aktuelle Details und Ressourcen verfügt. Das geht nur mit Vertrauen und Routine.

6:00 Uhr: Lagebesprechung und gemeinsames Nachdenken. Wir stimmen Prioritäten und Themen ab, aktivieren weitere Manpower. Die Herausforderungen sind klar: eine wichtige Verkehrsader ist weg, es ist der 11. September – ein Datum mit Raum für Vermutungen. Was ist passiert? Warum brach die Brücke ein? Noch wissen wir das nicht. Was wir wissen: Die Fernwärme in Dresden ist komplett ausgefallen. Und was im Hinterkopf wartet: Ein Elb-Hochwasser ist für die nächsten Stunden und Tage angekündigt. Die letzten Wettermodelle wirken beunruhigend.



© D. Peters / B. Knifka / D. Peters

7:19 Uhr: Stadt und Feuerwehr laden gemeinsam zur ersten Pressekonferenz ein. Relevante Kommunikationspartner sind kontaktiert. Wir bündeln Antworten auf möglichst viele Fragen: Energieversorgung, Nahverkehr, Schifffahrt, Straßen- und Tiefbauamt und Polizei.

9:00 Uhr: alle Fachleute stehen am Anleger 7 der Sächsischen Dampfschiffahrt am Terrassenufer, im Hintergrund die zerstörte Brücke. Das Medieninteresse ist gigantisch – nationale und internationale Medien, TV, Radio, Print, Agenturen, Online-Portale. Mit diesem ersten Termin starten wir eine Routine, die wir die nächsten Tage beibehalten – regelmäßige Kommunikation vor Ort. So haben die Expertinnen und Experten Zeit für ihre Arbeit, und wir bündeln derweil die Medienwünsche und Themen. Die Presstermine werden live gestreamt. In der Folge gibt es täglich mindestens einen Presstetermin, dann wöchentliche Updates. Aktuell kommunizieren wir den zügigen Abriss und den Neubau.

Fazit: In Deutschland bricht eine Brücke ein. Es dauert etwas, bis dieses nicht für möglich geglaubte Szenario als neue Wirklichkeit in den Köpfen ankommt. Bei uns selbst vor Ort, in den Medien von regional bis international. Doch recht schnell wird klar: Das Unglück birgt auch eine Chance, die Sicherheit von Brücken neu zu betrachten, Fehler zu untersuchen, Ursachen zu finden und Prüfregularien anzupassen.

Über den Brückeneinsturz und seine direkten Folgen aufzuklären, haben wir geschafft. Strategischer Fokus war eine engmaschige Kommunikation aller Schritte via Social Media, Landingpage, Medien-Briefings. Medien brauchen in der Krise planbaren Con-

tent. Neben Tagesupdates boten wir Spezialthemen: Untersuchung des Spannstahls, Computermodellierung von Hochwasser mit aktuellen Barrieren, Brückenüberwachung mit Laser, Ampelprogrammierung.

Das positive Feedback zeigt: Das professionelle Handeln unserer Einsatzkräfte konnten wir erfolgreich vermitteln. Wichtig gerade bei Extremereignissen und Krise sind Glaubwürdigkeit und Transparenz. Vertrauen muss man sich verdienen. Stringent betreiben wir unsere Social-Media-Kanäle mit gutem Communitymanagement. Das geht nur mit Akzeptanz innerhalb der Verwaltung und mit ausreichend Ressourcen.

Die wichtigste Basis für unseren Erfolg sind gut funktionierende, reguläre Prozesse im Arbeitsalltag und ein gutes Miteinander der daran beteiligten Menschen. Unser Newsroom war im Mai 2024 gestartet. Damit hatten wir Ort und Workflow, um schnell Informationen abzugleichen, aufzubereiten und auszuspielen. Die exzellente Vernetzung der Pressestellen Feuerwehr und Stadt – lange vor dem Einsturz der Carolabrücke etabliert und gefestigt – hat unsere Arbeit effizienter gemacht und war gerade in dieser Krise ein großer Vorteil.

@ Stadt Dresden



Barbara Knifka
Abteilungsleiterin Medien und Online im Amt für Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll
2024 amtierende Pressesprecherin der Landeshauptstadt Dresden

@ Stadt Dresden



Michael Klahre
Pressesprecher der Feuerwehr
Dresden



© Feuerwehr Berlin

Katastrophenschutzübung: Flugzeugcrash über Berlin

Ein Transportflugzeug stürzt über der Stadt ab, es kommt zu mehreren Bränden, an mehreren Orten ist die Infrastruktur zerstört, es gibt eine Vielzahl an Verletzten – die Einsatzkräfte stehen vor komplexen Aufgaben. Dieses Szenario übten Anfang Juni Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei, THW sowie DRK, ASB, DLRG, Johanniter und Malteser. Übungsort war das Gelände der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie.

Zahlreiche Komparsen ermöglichten praxisnah die Bergung und Behandlung von Verletzten, hinzu kamen Übungen zur Brandbekämpfung, zur technischen Hilfeleistung und zum Transport verletzter Personen in Krankenhäuser. Erprobt werden konnten außerdem die Arbeit einer gemeinsamen Einsatzleitung, die Kommunikation zwischen den Beteiligten, die Wirksamkeit der Strukturen einzelner Dienste und die Einbindung ärztlicher Trupps – allesamt wichtige Schritte für eine schnelle und effektive Gefahrenabwehr auch und besonders bei großen Lagen.

➔ www.staedtetag.de/25402

Hansestadt Lübeck und weitere: Mobiler Führungsstab

Der mobile Führungsstab (MoFüSt) Schleswig-Holstein ist die operativ-taktische Komponente des Führungsstabes des Bundeslandes. Im Einsatzfall kann er bereits acht Stunden nach der ersten Anfrage mit technischem Equipment ins Schadensgebiet aufbrechen und dort rund um die Uhr schichtfähig eingesetzt werden. Der Einsatz kann in anderen Bundesländern, nach deren Anforderung, oder innerhalb von Schleswig-Holstein erfolgen. Die Leitung des MoFüSt wird durch die Berufsfeuerwehren – aktuell Lübeck – gestellt, die auch die Alarmierung, die Zusammenstellung der Schichten, die Marschplanung sowie die Einsatzführung bzw. Betreuung der gesamten entsandten Einsatzkräfte übernehmen. Insgesamt stehen dem MoFüSt rund 80 benannte Führungs- und Unterstützungskräfte aus ganz Schleswig-Holstein zur Verfügung.

Ein Vorläufer des heutigen MoFüSt kam bereits nach der Flutkatastrophe im Ahrtal zur Führung von über 700 schleswig-holsteinischen Einsatzkräften aus Feuerwehren, Hilfsorganisationen und dem THW über zehn Tage hinweg zum Einsatz. Er sorgte u.a. dafür, dass die Einheiten sich selbst über die gesamte Einsatzzeit in allen Belangen autark, bis hin zur eigenen Feldapotheke, versorgen konnten und keine logistische Unterstützung durch die Technische Einsatzleitung des Landkreises Ahrweiler benötigten.

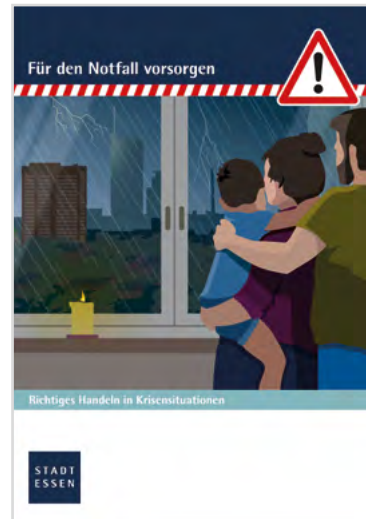


© Florian Bueh

Zivilschutz unter Druck? Umfrage zu Einsatzfähigkeit

Die instabilere geopolitische Lage erfordert eine grundlegende Neuausrichtung des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland. Ein zentrales Problem ist dabei womöglich, dass ehrenamtliche Einsatzkräfte mehrfach verplant sind, ohne dass dies bislang bekannt ist. Denn viele sind in mehreren Organisationen oder in Bereichen kritischer Infrastruktur tätig. Das könnte im Ernstfall zu Ausfällen führen. Eine anonyme Online-Umfrage der Hochschule Ansbach will deshalb belastbare Daten zur Verfügbarkeit sammeln und richtete sich deshalb an Ehrenamtliche im bayrischen Katastrophenschutz ab 18 Jahren. Die Teilnahme war bis 13. Juli möglich. Wann und wie die Ergebnisse veröffentlicht werden, stand zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht fest.

➔ www.hs-ansbach.de/ttz-stein



Krisenszenarien: Essen informiert

Ob Stromausfall, Extremwetter oder Cyberangriff – Krisen kommen meist plötzlich. Um trotzdem bestmöglich vorbereitet zu sein, gibt die Stadt Essen in einer Broschüre und auf einer Webseite ganz konkrete Tipps zur Eigenvorsorge. Die Informationen sind diversen Szenarien zugeordnet. Sie zeigen auf, was jeder und jede vor und in diversen Katastrophen- und Krisenfällen unternehmen sollte und was die Stadt in solchen Situationen unternimmt. Aufklärung und Informationen liefern außerdem leicht verständliche Videos in Gebärdensprache. Die Broschüre steht als PDF zum Download bereit.

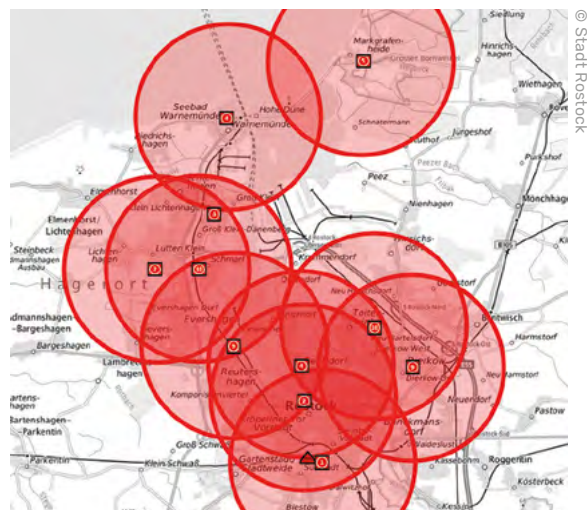
➔ www.essen.de/bevölkerungsschutz

Rostock: Notfall-Leuchttürme und Wärmeinseln

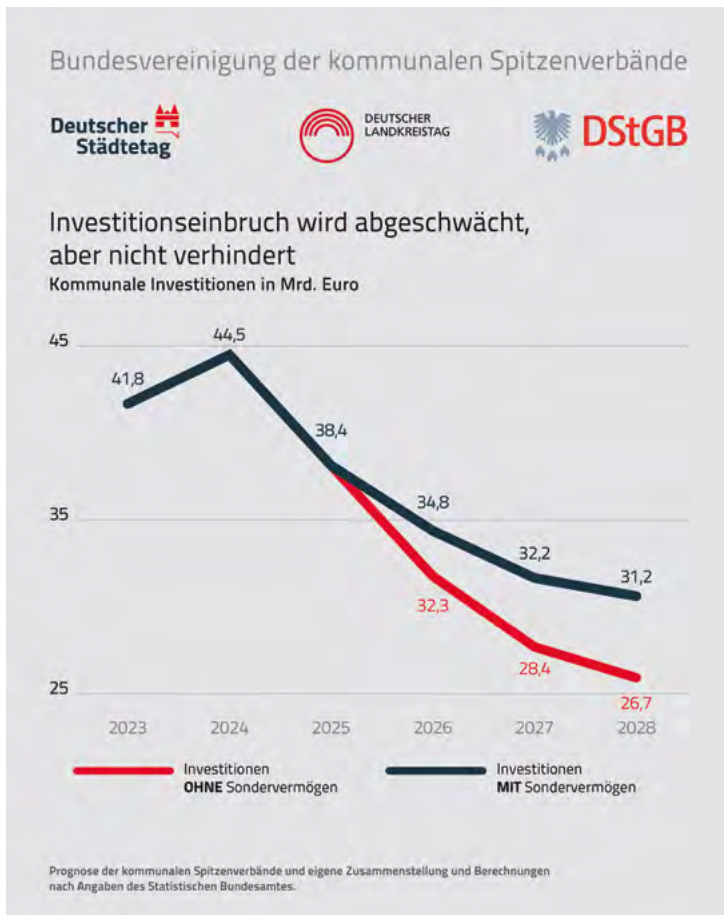
Um auch bei einem großflächigen Stromausfall Notrufe zu ermöglichen, hat die Hanse- und Universitätsstadt Rostock innerhalb des Stadtgebiets elf sogenannte Katastrophenschutz-Leuchttürme eingerichtet. An den mobilen Meldestellen lassen sich Hilfesuche weitergeben und Rettungseinsätze koordinieren und gibt es im Krisenfall aktuelle Informationen. Innerhalb eines Drei-Kilometer-Radius kann jeder Rostocker Haushalt einen dieser Leuchttürme erreichen.

Bei einem Ausfall der Wärmeversorgung stehen fünf große Sporthallen kurzfristig als Wärmeinseln bereit. Dort gewährleisten mobile Heiztechnik und Fernwärme eine Mindesttemperatur und ermöglichen Betroffenen einen zeitweiligen Aufenthalt.

➔ www.rostock.de/feuerwehr



Dramatische Finanzprognose: Kommunalhaushalte kollabieren, Verschuldungsspirale droht



Der Deutsche Städtetag hat mit Blick auf die jüngsten Prognosedaten zu den Kommunalfinanzen vor einer dramatischen kommunalen Finanzkrise gewarnt. Gemeinsam mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden forderte der Verband nachhaltige Reformen zur Finanzierung. Grund für die dramatisch schlechte Finanzsituation der Kommunen seien die rasant steigenden Ausgaben besonders im Sozialbereich, aber auch für das Personal. Weil die langanhaltende Wachstumspause der deutschen Wirtschaft hinzukomme, sei die Lage aktuell weit schlimmer als bislang befürchtet. Im vergangenen Jahr habe das Defizit in den kommunalen Kernhaushalten in noch nie dagewesener Rekordhöhe bei fast 25 Milliarden Euro gelegen.

„Defizite in nie gekannter Höhe türmen sich auf, absehbar steigende Kassenkredite läuten eine Zins-Schulden-Spirale ein und die Investitionen schrumpfen zusammen. Die föderale Finanzarchitektur ist völlig aus dem Gleichgewicht geraten“, konstatierten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, Oberbürgermeister Burkhard Jung (Deutscher Städtetag), Landrat Dr. Achim Brötel (Deutscher Landkreistag) und Bürgermeister Ralph Spiegler (Deutscher Städte- und Gemeindebund).

Ohne ein Gegensteuern von Bund und Ländern werde dieses Defizit in den kommenden Jahren sogar auf mehr als 35 Milliarden Euro pro Jahr anwachsen, so die Prognose. Die Folgen seien massive Liquiditätsprobleme, explodierende Kassenkreditverschuldungen und ein Absturz der kommunalen Investitionen. Rücklagen seien bereits jetzt vielerorts vollständig aufgezehrt.

Als Ursache für die weiterwachsenden Defizite der Kommunalhaushalte benennen die Spitzenverbände ungebremsst ansteigende Ausgaben, vor allem durch gesetzliche Vorgaben, und gleichzeitig deutlich zu gering wachsende Einnahmen. Im Ergebnis würden die Kommunalhaushalte überlastet. Sie seien strukturell unterfinanziert. Die Defizite lägen sogar noch höher, wenn die Kommunen nicht notgedrungen ihre Investitionen und andere gesetzlich nicht vorgeschriebene Ausgaben zusammenstreichen würden.

Die Spitzenverbände betonten, sie wiesen seit langem darauf hin, dass die Kommunen – auch unter Berücksichtigung der Inflation und des enttäuschend geringen Wirtschaftswachstums – weniger ein Einnahmenproblem haben. Problematisch seien dagegen die rasant wachsenden Ausgaben, auf die die Kommunen selbst keinen wesentlichen Einfluss hätten. Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände fordern deshalb: „Wir erwarten, dass die Länder ihrer Aufgabe nachkommen, eine aufgaben-gerechte Finanzausstattung der Städte,



Schulrekord: Unsere Ganztags- betreuung mit Küche steht in wenigen Tagen

Cook & Chill heißt unsere Lösung für die Ganztagsbetreuung mit Küche. Module, die in wenigen Tagen einsatzbereit sind. Damit haben Schulen und Kommunen einen minimalen Planungsaufwand und in wenigen Tagen ein Angebot, das allen schmeckt. adapteo.de



Adapteo

Landkreise und Gemeinden sicherzustellen, und eine Nachsteuerung der kommunalen Finanzausgleiche vornehmen. Wir erwarten vom Bund, der als Gesetzgeber für einen Großteil der Belastungen der Kommunen federführend verantwortlich ist, dass er nun zügig seinen Lösungsbeitrag zur kommunalen Finanzkrise leistet.“

Dazu müsse gehören, die kommunalen Einnahmen durch einen signifikant höheren Anteil an der Umsatzsteuer dauerhaft zu stärken – bereits jetzt leisteten die Kommunen deutlich mehr als ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben, erhielten aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. Außerdem müsse die Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben mit Steigerungsraten von jährlich 10 Prozent und mehr durchbrochen werden. Und nicht zuletzt gelte es, über einfachere Standards und Verfahren Freiräume für wichtige freiwillige Leistungen der Kommunen zu schaffen, etwa für Sportstätten, den ÖPNV oder die Wirtschaftsförderung vor Ort.

**„Wir erwarten, dass die
Länder ihrer Aufgabe nach-
kommen, eine aufgabengerechte
Finanzausstattung der Städte,
Landkreise und Gemeinden
sicherzustellen, und eine
Nachsteuerung der kommunalen
Finanzausgleiche vornehmen.“**

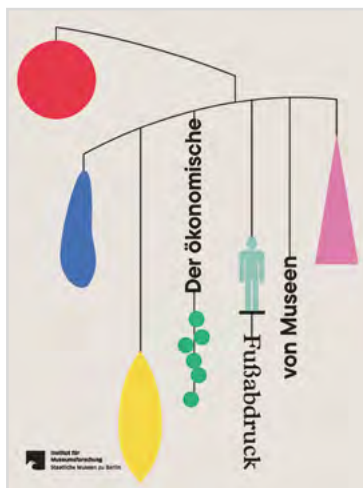
Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, Oberbürgermeister Burkhard Jung, Landrat Dr. Achim Brötzel und Bürgermeister Ralph Spiegler



Mitmachaktion: Freiheit, Einheit, Hoffnung. Wir sollten ein Lied davon singen!

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird durch gemeinsames Singen und Musizieren gestärkt. Deshalb ruft die bundesweite Initiative „3. Oktober – Deutschland singt & klingt“ wieder zu einer großen Mitmachaktion auf. Am Tag der Deutschen Einheit soll von den Marktplätzen des Landes ein sichtbares Zeichen für unser Zusammenleben ausgehen. Informationen zur Anmeldung von Veranstaltungen, zu Noten, Liedtexten und Gema sowie Planungshilfen und Werbematerial gibt es auf der Webseite der Initiative.

➔ www.3oktober.org



Umfrage: Wie weit sind Kommunen bei der Klimaanpassung?

Bis 2045 will Deutschland klimaneutral sein – viele Kommunen wollen das selbst noch früher. Mit dem Klimaanpassungsgesetz des Bundes (KAnG) besteht seit 2024 ein verbindlicher Rechtsrahmen für Bund, Länder und Kommunen. Doch wo stehen die Kommunen aktuell? Welche Maßnahmen greifen, welche Herausforderungen bestehen? Dazu hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Herbst 2024 in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden in 296 Kommunen eine Umfrage durchgeführt. In seinem Difu Policy Paper „Das Klima schützen, die Energiewende gestalten, dem Klimawandel begegnen“ liefert das Institut nun dazu die Ergebnisse, Erkenntnisse und Empfehlungen.

➔ www.staedtetag.de/25403

Studie: Museen als Wirtschaftsfaktor

Museen sind mehr als kulturelle Orte – sie wirken auch wirtschaftlich. Eine neue Studie des Instituts für Museumsforschung (Stiftung Preußischer Kulturbesitz) legt erstmals belastbare Daten zu den ökonomischen Effekten der Museumslandschaft in Deutschland vor. Erfasst wurden direkte, indirekte und induzierte Wirkungen auf Wertschöpfung, Einkommen, Kaufkraft, Beschäftigung und Rückflüsse an die öffentliche Hand – ebenso wie die wirtschaftlichen Effekte durch touristische Besucher*innen.

Grundlage ist eine bundesweite Befragung von Museen im Herbst/Winter 2024/25 zum Haushaltsjahr 2023. Die Ergebnisse belegen: Museen leisten einen messbaren Beitrag zur lokalen und regionalen Wirtschaftskraft. Sie sind damit auch als Standortfaktor von hoher Bedeutung.

➔ www.staedtetag.de/25404



Zukunft. Machen.

Agenda für eine neue Dynamik.

Deutschland kann mehr – mehr als in den letzten Jahren deutlich geworden ist. Dazu muss unser Land endlich vom „Reden“ ins „Machen“ kommen. Von einem Aufschwung müssen alle Menschen in Deutschland profitieren. Wir in der Sparkassen-Finanzgruppe verstehen uns dabei als „Möglichmacher“. Wir haben Vorschläge, was verändert werden muss, um gemeinsam eine neue Dynamik zu entfachen.



Erfahren Sie mehr über
unsere Vorschläge unter
www.dsgv.de/zukunftmachen



Weil's um mehr als Geld geht.

Neu im Amt



© Hasselblad HSD/Carsten Costard

Deutscher Städte- und Gemeindebund: Zum neuen Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes wurde Bürgermeister **Ralph Spiegler**, Verbandsgemeinde Nieder-Olm, gewählt. Er trat sein Amt am 1. Juli an und folgt auf Dr. Uwe Brandl, Bürgermeister der Stadt Abensberg, der weiterhin als Vizepräsident agiert. Zum 1. Vizepräsidenten wurde Steffen Jäger, Präsident und Hauptgeschäftsführer des Gemeindetags Baden-Württemberg, gewählt.



© Bayerischer Städtetag

Bayerischer Städtetag: **Johann Kronauer** wurde zum neuen Geschäftsführer des Bayerischen Städtetages gewählt. Er tritt sein Amt am 1. März 2026 an und folgt auf Bernd Buckenhofer, der nach 14 Jahren im Amt in den Ruhestand eintritt.



© Vera Gutofski

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu): Nach sieben Jahren wurde der Wissenschaftliche Direktor und Geschäftsführer des Difu, **Prof. Dr. Carsten Kühl**, Ende Juli in den Ruhestand verabschiedet. Carsten Kühl war bei seinem Wirken für das Difu besonders wichtig, die wirtschaftliche Stabilität und die erfolgreiche praxisorientierte Forschung des Instituts zu bewahren und fortzuentwickeln. Der neue Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Christian Schuchardt, überreichte ihm als Auszeichnung die Freiherr-vom-Stein-Medaille. Die Nachfolge in der Leitung des Instituts übernimmt ab dem 1. August kommissarisch **Dr. Jens Libbe**, Leiter des Difu-Forschungsbereichs Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen.

Wiederwahl



© privat

Neustadt an der Weinstraße: Oberbürgermeister **Marc Weigel** (FWG) wurde in seinem Amt bestätigt. Er steht seit 2018 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit 2024 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Geburtstage



© Dr. Stephan Keller

Dr. Stephan Keller, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, feiert am 18. September seinen 55. Geburtstag. Der Christdemokrat leitet seit 2020 die Geschicke der Landeshauptstadt und engagiert sich seitdem auch im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

WÄRMEPUMPE WEITERGEDACHT

HVRF-SYSTEM MIT FLUSSWASSER ALS ENERGIEQUELLE

Entdecken Sie unsere Zukunftslösungen zum nachhaltigen Heizen und Kühlen. Zum Beispiel mit der einzigartigen Hybrid VRF-Technologie ohne Kältemittel in den Räumlichkeiten. Hocheffiziente Wärmerückgewinnung. Energieeffizient. Reduzierte Kältemittelfüllmenge.

Hier im Einsatz in dem BASF Creation Center, Ludwigshafen am Rhein



Jetzt QR-Code scannen und
Referenzprojekt anschauen
mitsubishi-les.com



Bürgermeister **Leon Kräusche** (parteilos), Stadt Sassnitz, begeht am 31. August seinen 60. Ehrentag. Er steht seit 2022 an der Spitze der Stadt Sassnitz.



© Sarah Reuther

Der Oberbürgermeister von Koblenz, **David Langner**, wird am 20. September 50 Jahre alt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2018 die Geschicke der Stadt und engagiert sich seit 2022 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Stadt Zweibrücken

Oberbürgermeister **Dr. Marold Wosnitza**, Stadt Zweibrücken, feiert am 7. September seinen 60. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2018 an der Stadtspitze.

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Christian Schuchardt
Geschäftsführendes Präsidialmitglied

Timm Steinborn (V.i.s.d.P.)
Leiter Abteilung Kommunikation
und Medien

Redaktionsleitung: Uwe Schippmann
Redaktion: Tobias Fricke
Mitarbeit: Janina Hausner

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de